

Verkündungsblatt 2|2012

Ausgabedatum 20.02.2012

Inhaltsübersicht

A. Bekanntmachungen nach dem NHG

Änderung der Gemeinsamen Prüfungsordnung für den Bachelor- und Masterstudiengang
Wirtschaftswissenschaft Seite 2

Änderung der Prüfungsordnung vom 11.12.1998 für den Bachelor- und Diplomstudiengang
Geowissenschaften Seite 11

Änderung der Prüfungsordnung vom 07.07.2006 für den Bachelorstudiengang
Geowissenschaften Seite 12

Änderung der Prüfungsordnung vom 27.06.2007 für den Masterstudiengang
Geowissenschaften Seite 13

Änderung der Prüfungsordnung vom 25.11.2009 für den Bachelor- und Masterstudiengang
Geowissenschaften Seite 14

B. Bekanntmachungen nach § 78 Abs. 2 NPersVG

C. Hochschulinformationen

Ordnung des Instituts für Entwerfen und Gebäudelehre Seite 15

Namensänderung des Instituts für Maschinenelemente und Konstruktionstechnik Seite 17

Der Fakultätsrat der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 11.01.2012 die nachstehende geänderte Prüfungsordnung für den Bachelor- und Masterstudiengang Wirtschaftswissenschaft beschlossen. Das Präsidium hat die Änderung am 15.02.2012 gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5. b) NHG genehmigt. Sie tritt nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover zum 01.04.2012 in Kraft.

**Gemeinsame Prüfungsordnung
für den Bachelor- und Masterstudiengang Wirtschaftswissenschaft
an der Leibniz Universität Hannover
vom 07. Juli 2006
mit Änderungen vom 05. Juni 2007
mit Änderungen vom 11. April 2008
mit Änderungen vom 20. April 2009
mit Änderungen vom 20. Juni 2011
mit Änderungen vom 20. Februar 2012**

Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Leibniz Universität Hannover hat gemäß § 44 Abs. 1 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes die folgende Prüfungsordnung erlassen.

Erster Teil: Bachelorprüfung

§ 1 Zweck der Prüfung und Hochschulgrad

(1) ¹Die Bachelorprüfung bildet den ersten berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. ²Durch sie sollen die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen Kenntnisse und die Fähigkeit zu wissenschaftlicher Arbeit festgestellt werden.

(2) Nach bestandener Bachelorprüfung wird der akademische Grad „Bachelor of Science (B. Sc.)“ verliehen.

§ 2 Dauer und Gliederung des Studiums

¹Die Regelstudienzeit beträgt vier Jahre. ²Der Zeitaufwand für das Präsenzstudium und Selbststudium beträgt 240 ECTS-Kreditpunkte zu je 30 Stunden. ³Das Studium gliedert sich in acht Semester.

§ 3 Aufbau und Inhalt der Prüfung

(1) ¹Die Bachelorprüfung wird studienbegleitend abgenommen. ²Sie besteht aus den Modulen nach Anlage 1, Modulen aus drei Vertiefungsfächern nach Anlage 2 und der Bachelorarbeit.

(2) Die drei Vertiefungsfächer sind spätestens vier Wochen vor dem Ende der Vorlesungszeit des sechsten Semesters durch unwiderruflichen schriftlichen Antrag auszuwählen.

§ 4 Bachelorarbeit

(1) ¹Durch die Bachelorarbeit soll die Fähigkeit festgestellt werden, ein begrenztes Problem in einer vorgegebenen Frist mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. ²Für eine bestandene Bachelorarbeit werden acht Kreditpunkte vergeben.

(2) ¹Die Bachelorarbeit ist vor dem 1. Juli bzw. 1. Januar des achten Semesters schriftlich anzumelden. ²In der Anmeldung sind der Prüfer und das vom Prüfer festgelegte Thema und Ausgabedatum zu bezeichnen.

(3) ¹Die Bachelorarbeit ist binnen sechs Wochen nach Ausgabe abzuliefern. ²Diese Frist kann nicht verlängert werden. ³Werden triftige Gründe im Sinn des § 17 anerkannt, die einer Einhaltung der Frist entgegenstehen, gilt die Bachelorarbeit als nicht unternommen.

(4) Bei der Abgabe der Bachelorarbeit ist schriftlich zu versichern, dass die Arbeit selbständig verfasst wurde und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden, alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht sind und die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen hat.

§ 5 Gesamtergebnis

- (1) Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn die Module nach Anlage 1, die Module der drei Vertiefungsfächer nach Anlage 2 und die Bachelorarbeit bestanden sind.
- (2) Die Bachelorprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die Wiederholung einer Prüfungsleistung nicht bestanden ist oder wenn der Antrag gemäß § 3 Abs. 2 auch nach Ablauf einer schriftlich gesetzten Nachfrist nicht gestellt wird.

§ 6 Zwischenprüfung

¹Das Bestehen aller Module nach Anlage 1, die im ersten bis vierten Semester zu unternehmen sind, steht einer Zwischenprüfung gleich. ²Hierüber wird ein Zeugnis gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 ausgestellt.

Zweiter Teil: Masterprüfung

§ 7 Zweck der Prüfung und Hochschulgrad

- (1) ¹Die Masterprüfung bildet einen weiteren berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. ²Durch sie soll die Fähigkeit zu vertiefter wissenschaftlicher Arbeit festgestellt werden, wie sie Voraussetzung für eine Promotion ist.
- (2) Nach bestandener Masterprüfung wird der akademische Grad „Master of Science (M. Sc.)“ verliehen.

§ 8 Dauer und Gliederung des Studiums

¹Die Regelstudienzeit beträgt ein Jahr. ²Der Zeitaufwand für das Präsenzstudium und Selbststudium beträgt 60 ECTS-Kreditpunkte zu je 30 Stunden. ³Das Studium gliedert sich in zwei Semester.

§ 9 Aufbau und Inhalt der Prüfung

¹Die Masterprüfung wird studienbegleitend abgenommen. ²Sie besteht aus den Modulen nach Anlage 3 und der Masterarbeit.

§ 10 Masterarbeit

- (1) ¹Durch die Masterarbeit soll die Fähigkeit festgestellt werden, ein umfangreiches Problem in einer vorgegebenen Frist mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. ²Für eine bestandene Masterarbeit werden 30 Kreditpunkte vergeben.
- (2) ¹Die Masterarbeit ist vor Beginn des zweiten Semesters schriftlich anzumelden und binnen sechs Monaten nach Ausgabe abzuliefern. ²Sie ist von zwei Prüfern zu bewerten; im übrigen gilt § 4 sinngemäß.

§ 11 Gesamtergebnis

- (1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn die Module nach Anlage 3 und die Masterarbeit bestanden sind.
- (2) Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die Wiederholung einer Prüfungsleistung nicht bestanden ist.

Dritter Teil: Gemeinsame Vorschriften

§ 12 Zulassung, Zeugnisse und Bescheinigungen

- (1) ¹Für die Bachelorprüfung bzw. Masterprüfung (Prüfung) ist zugelassen, wer in dem betreffenden Studiengang an der Universität Hannover eingeschrieben ist. ²Vor der Zulassung und nach Beendigung der Zulassung werden keine Kreditpunkte vergeben.

(2) ¹Über die bestandene Prüfung wird ein Zeugnis (mit diploma supplement) ausgestellt, das die Module sowie die einem Vertiefungsfach zugeordneten Module und deren Noten, die Arbeit und deren Note sowie die Gesamtnote der Prüfung enthält; dabei werden gleichnamige Module zusammengefasst. ²Neben der Gesamtnote wird deren Stellung in den Gesamtnoten des betreffenden Abschlussjahrgangs ausgewiesen. ³Das Datum des Zeugnisses ist der Tag, an dem die Prüfung bestanden war. ⁴Mit gleichem Datum wird eine Urkunde über den verliehenen akademischen Grad ausgestellt.

(3) ¹Bei Beendigung des Studiums wird eine Bescheinigung ausgestellt, welche die unternommenen Prüfungsleistungen, deren Bewertungen und die dafür vergebenen Kreditpunkte aufführt. ²Im Fall einer endgültig nicht bestandenen Prüfung weist die Bescheinigung auf das endgültige Nichtbestehen hin.

(4) Zeugnisse, Urkunden und Bescheinigungen werden in deutscher Sprache und auf Antrag in englischer Sprache ausgestellt.

§ 13 Prüfungsleistungen

(1) ¹Prüfungsleistungen sind Bachelor- und Masterarbeiten, Klausuren, mündliche Prüfungsleistungen, Hausarbeiten und Seminarleistungen. ²Der Studiendekan kann englischsprachige Prüfungsleistungen zulassen.

(2) ¹Bachelor- und Masterarbeiten, Seminarleistungen und fakultative Prüfungsleistungen setzen eine unwiderrufliche schriftliche Anmeldung voraus. ²Die obligatorischen Prüfungsleistungen nach den Anlagen 1 bis 3 sind in den dort bezeichneten Semestern zu unternehmen, ohne dass es einer Anmeldung bedarf. ³In besonders begründeten Ausnahmefällen, etwa bei mehrwöchiger Erkrankung oder einem Urlaubs- oder Auslandssemester, werden auf Antrag mit Wirkung für die Zukunft abweichende Termine gestattet. ⁴Einzelne Prüfungsleistungen können auf unwiderruflichen schriftlichen Antrag mit Zustimmung des Studiendekans vorzeitig unternommen werden.

(3) ¹Bestandene Prüfungsleistungen können nicht wiederholt werden. ²Nicht bestandene bzw. versäumte obligatorische Prüfungsleistungen können einmal wiederholt werden; sie sind zum nächstmöglichen Prüfungstermin zu wiederholen, ohne dass es einer Anmeldung bedarf.

(4) ¹Eine Klausur ist eine schriftliche Arbeit unter Aufsicht. ²Die Klausurdauer beträgt 60 Minuten, sofern in den Anlagen nichts anderes bestimmt ist. ³Die Aufspaltung einer Klausur in mehrere Teilklausuren mit unveränderter Gesamtdauer ist zulässig.

(5) ¹Eine mündliche Prüfungsleistung dauert in der Regel 20 Minuten. ²Sie findet nichtöffentlich in Gegenwart eines Beisitzers statt, der selbst die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt. ³Die wesentlichen Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten.

(6) Eine Hausarbeit ist eine selbständige schriftliche Arbeit mit einer Bearbeitungszeit von höchstens sechs Wochen.

(7) Eine Seminarleistung umfasst eine Hausarbeit, deren Vortrag mit Diskussion sowie eine Klausur, eine mündliche Prüfungsleistung oder eine Bewertung der Diskussionsteilnahme.

(8) Prüfungsleistungen in Form von Gruppenarbeiten sind zulässig, sofern sich die einzelnen Beiträge aufgrund objektiver Kriterien deutlich abgrenzen und getrennt bewerten lassen.

§ 14 Bewertung und Notenbildung

(1) ¹Prüfungsleistungen werden von den Prüfern in der Regel binnen vier Wochen bewertet. ²Dabei sind folgende Notenstufen zu verwenden:

- 1 – sehr gut: eine besonders hervorragende Leistung,
- 2 – gut: eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung,
- 3 – befriedigend: eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht,
- 4 – ausreichend: eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den Mindestanforderungen entspricht,
- 5 – nicht ausreichend: eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

³Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen können Zwischenwerte durch Erniedrigen oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 gebildet werden. ⁴Die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

(2) Eine Prüfungsleistung ist bestanden, wenn sie mit mindestens "ausreichend" bewertet wurde.

(3) ¹Die Durchschnittsnote einer Prüfung ist das arithmetische Mittel der Noten aller bestandenen Prüfungsleistungen. ²Dabei werden die in der Anlage aufgeführten Kreditpunkte als Gewichte verwendet. ³Bei der Notenbildung wird die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. ⁴Die Durchschnittsnote lautet bei einem Mittelwert

- bis 1,5: sehr gut,
- über 1,5 bis 2,5: gut,
- über 2,5 bis 3,5: befriedigend,
- und sonst: ausreichend.

(4) Die Noten der Module Mathematik, Rechtswissenschaft und Statistik, der zusammengefassten gleichnamigen Module sowie der Vertiefungsfächer werden unter sinngemäßer Anwendung des Abs. 3 aus den Noten der zugeordneten bestandenen Prüfungsleistungen gebildet.

§ 15 Module und Kreditpunkte

¹Ein Modul ist bestanden, wenn alle dazugehörigen Prüfungsleistungen bestanden wurden bzw. wenn der geforderte Nachweis erbracht wurde. ²Für bestandene Module werden die in den Anlagen aufgeführten Kreditpunkte vergeben.

§ 16 Anrechnung

(1) Eine an einer inländischen Universität in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang bestandene Zwischenprüfung wird ohne Gleichwertigkeitsfeststellung angerechnet.

(2) ¹Bestandene und nicht bestandene Prüfungsleistungen, die im Inland oder Ausland unternommen wurden, werden von Amts wegen angerechnet, wenn die Institution, an der die Prüfungsleistung unternommen wurde, einer deutschen Universität gleichsteht und die auswärtigen Leistungen nach Umfang und Inhalt im wesentlichen gleichwertig sind. ²Im Zweifel sind Stellungnahmen der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen bzw. des Prüfers einzuholen. ³Außerhalb des Studiums erbrachte berufspraktische Leistungen werden angerechnet, wenn sie gleichwertig sind. ⁴Werden Prüfungsleistungen des fünften Fachsemesters im Rahmen eines Auslandsstudiums erbracht, können sie ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet werden, sofern dies vorab schriftlich vereinbart wurde. ⁵Die Anrechnung bestandener Prüfungsleistungen ist in der Bachelorprüfung auf 60 Kreditpunkte, in der Masterprüfung auf 15 Kreditpunkte beschränkt; dies gilt nicht im Rahmen eines integrierten Auslandsstudiums. ⁶Abweichend von Satz 1 wird eine Bachelorarbeit oder Masterarbeit nicht angerechnet.

(3) ¹Für angerechnete Prüfungsleistungen werden die Noten übernommen oder bei abweichender Notenskala umgerechnet, die darauf entfallenden Studienzeiten angerechnet und gegebenenfalls Kreditpunkte vergeben. ²Ist eine Notenumrechnung nicht möglich, bleibt die Prüfungsleistung unbenotet; dies gilt insbesondere im Fall des Abs. 2 Satz 3. ³Die Anrechnung wird im Zeugnis gekennzeichnet.

§ 17 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) ¹Bei nicht rechtzeitiger Anmeldung einer Bachelor- oder Masterarbeit, bei Versäumnis eines festgesetzten Prüfungstermins oder Abgabetermins oder bei Rücktritt von einer Prüfungsleistung nach deren Beginn gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet. ²Abweichend hiervon gilt die Prüfungsleistung als nicht unternommen, wenn das Versäumnis oder der Rücktritt auf triftigen Gründen beruht; diese sind unverzüglich schriftlich anzuzeigen und glaubhaft zu machen. ³Im Krankheitsfall ist ein ärztliches, im Zweifelsfall ein amtsärztliches Attest vorzulegen, soweit die Krankheit nicht offenkundig ist.

(2) ¹Beim Versuch, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet. ²Das Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel nach Klausurbeginn ist stets ein Täuschungsversuch.

(3) Wer sich eines Ordnungsverstoßes schuldig macht, kann von der Fortsetzung der betreffenden Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet.

§ 18 Einsicht in die Prüfungsakten

¹Nach Abschluss der Prüfung wird auf Antrag Einsicht in die vollständigen Prüfungsakten gewährt. ²Der Antrag ist spätestens binnen eines Jahres nach Aushändigung des Zeugnisses oder des Bescheides über die endgültig nicht bestandene Prüfung zu stellen. ³Klausureinsicht ist nach Ablauf des jeweiligen Prüfungszeitraums möglich.

§ 19 Verfahrensvorschriften

(1) ¹Für die Organisation der Prüfungen und für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dieser Prüfungsordnung ist der Studiendekan zuständig. ²Er bestellt die Modulverantwortlichen und die Prüfer aus dem Kreis der Mitglieder der Hochschullehrergruppe sowie der übrigen habilitierten Mitglieder und Angehörigen der Universität. ³Der Studiendekan erörtert Prüfungsangelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung in der Studienkommission.

(2) Der Studiendekan ermöglicht Studierenden, die eine länger andauernde Behinderung durch ärztliches Zeugnis nachweisen, Prüfungsleistungen in gleichwertiger anderer Form, zu anderen Terminen oder innerhalb anderer Fristen zu erbringen.

(3) ¹Die allgemeinen Bestimmungen des Verwaltungsrechts sowie die gesetzlichen Regelungen zu Mutterschutz und Erziehungsurlaub finden im Prüfungsverfahren sinngemäß Anwendung. ²Belastende Verwaltungsakte sind schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und bekanntzugeben. ³Gegen diese Entscheidungen und gegen die Bewertung einer Prüfungsleistung kann binnen eines Monats nach Zugang des Bescheids Widerspruch eingelegt werden.

Vierter Teil: Schlussvorschriften

§ 20 Inkrafttreten

¹Diese Prüfungsordnung wird nach der Genehmigung durch das Präsidium im Verkündungsblatt der Universität Hannover bekanntgemacht. ²Sie tritt nach ihrer Bekanntmachung am 01. Oktober 2006 in Kraft.

Anlage 1: Module des Bachelorstudiums

Vorlesungen sind mit „V“ abgekürzt, Übungen mit „Ü“ und Tutorien mit „T“. Die davorgestellte Ziffer bezeichnet den Umfang in Semesterwochenstunden. „K x“ bedeutet eine Klausur von x Minuten Dauer.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Prüfungsleistung	Kreditpunkte
Betriebswirtschaftslehre I	Buchführung (2 V) Kosten- und Leistungsrechnung (2 V) Wirtschaftsinformatik (2 V + 2 T)	1	K 90	12
Betriebswirtschaftslehre II	Unternehmensführung (2 V) Marketing (2 V)	1	K 60	8
Volkswirtschaftslehre I	Einführung in die Volkswirtschaftslehre (2 V + 2 T)	1	K 60	4
Mathematik	Mathematik 1 (4 V/Ü)	1	K 120	8
	Mathematik 2 (4 V/Ü)	2	K 120	8
Betriebswirtschaftslehre III	Produktionswirtschaft (2 V + 2 T) Personalwirtschaft (2 V)	2	K 60	8
Volkswirtschaftslehre II	Mikroökonomische Theorie (4 V + 2 T)	2	K 60	8
Statistik	Beschreibende Statistik (4 V/Ü + 2 T)	2	K 120	8
	Schließende Statistik (4 V/Ü + 2 T)	3	K 120	8
Betriebswirtschaftslehre IV	Jahresabschluss (2 V + 2 T) Unternehmensbesteuerung (2 V + 2 T)	3	K 60	8
Volkswirtschaftslehre III	Makroökonomische Theorie (4 V + 2 T)	3	K 60	8
Rechtswissenschaft	Öffentliches Recht (4 V/Ü)	3	K 120	8
	Privatrecht (4 V/Ü)	4	K 120	8
Betriebswirtschaftslehre V	Investition und Finanzierung (2 V) Interne Unternehmensrechnung (2 V)	4	K 60	8
Volkswirtschaftslehre IV	Öffentliche Finanzen (2 V) Sozialpolitik (2 V)	4	K 60	8
Empirische Wirtschaftsforschung	Empirische Wirtschaftsforschung (4 V/Ü)	4	K 60	8
Betriebswirtschaftslehre VI	Development and Environment (2 V) Versicherungsbetriebslehre (2 V)	5	K 60	8
Volkswirtschaftslehre V	Geld und Währung (2 V) World Trade (2 V)	5	K 60	8
Volkswirtschaftslehre VI	Arbeitsökonomik (2 V) Wirtschaften unter Unsicherheit (2 V)	5	K 60	8
Schlüsselkompetenz	Vortragstechnik (2 V/Ü)	5	K 60	4
	Durchführung eines Tutoriums (2 T)	6 oder 7	Unbenoteter Nachweis	4
Summe				160

Anlage 2: Vertiefungsfächer des Bachelorstudiums

Jedes Vertiefungsfach umfasst 24 Kreditpunkte. Zusätzlich zu den oben erwähnten Abkürzungen bedeutet „S“ eine Seminarleistung und „M“ eine mündliche Prüfung. Die fakultativen Module sind den Vertiefungsfächern in der Ankündigung des Lehrprogramms zugeordnet; aus der Ankündigung ergeben sich auch die Formen der hierbei zu erbringenden Prüfungsleistungen.

Vertiefungsfach	Module	Semester	Prüfungsleistung	Kreditpunkte
Arbeitsökonomik	Arbeitsökonomik I (2 V)	6	K 60	4
	Arbeitsökonomik II (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Betriebswirtschaftliche Steuerlehre	Unternehmensbesteuerung I (2 V)	6	K 60	4
	Unternehmensbesteuerung II (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Controlling	Controlling I (2 V)	6	K 60	4
	Controlling II (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Entwicklungs- und Umweltökonomik	Global Food Security (2 V)	6	K 60	4
	Globale Umweltökonomik (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Finanzmärkte	Corporate Finance (2 V)	6	K 60	4
	Kapitalmarkttheorie (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Geld und internationale Finanzwirtschaft	Geld- und internationale Finanzwirtschaft I (2 V)	6	K 60	4
	Geld- und internationale Finanzwirtschaft II (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Marketing	Strategisches Marketing (2 V)	6	K 60	4
	Operatives Marketing (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Non Profit und Public Management	Non Profit und Public Management I (2 V)	6	K 60	4
	Non Profit und Public Management II (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Öffentliche Finanzen	Steuerlehre I (2 V)	6	K 60	4
	Steuerlehre II (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12

Vertiefungsfach	Module	Semester	Prüfungsleistung	Kreditpunkte
Ökonometrie und Statistik	Schätz- und Testtheorie (2 V)	6	K 60	4
	Klassische lineare Regression (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Personal und Arbeit	Personalwirtschaftslehre I (2 V)	6	K 60	4
	Personalwirtschaftslehre II (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Produktionswirtschaft	Stochastische Modelle in Produktion und Logistik (2 V)	6	K 60	4
	Gestaltung industrieller Produktionssysteme (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfung	Handelsrechtlicher Einzelabschluss (2 V)	6	K 60	4
	Handelsrechtlicher Konzernabschluss (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Technische Logistik	Planung von Materialfluss- und Logistiksystemen (2 V)	6	M	4
	Logistiksysteme (2 V)	7	M	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Unternehmensführung und Organisation	Unternehmensführung I (2 V)	6	K 60	4
	Unternehmensführung II (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Versicherungsbetriebslehre	Risiko- und Versicherungstheorie (2 V)	6	K 60	4
	Versicherungsmarkt und -entwicklung (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Wirtschaftsgeographie	Grundlagen der Wirtschaftsgeographie I (2 V)	6	K 60	4
	Grundlagen der Wirtschaftsgeographie II (2 V)	7	M	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Wirtschaftsinformatik	Systementwicklung und Softwareengineering (2 V)	6	K 60	4
	Datenorganisation (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12
Wirtschaftstheorie	Dynamische Wirtschaftstheorie (2 V)	6	K 60	4
	Wohlfahrtsökonomik (2 V)	7	K 60	4
	Seminar (2 S)	7 oder 8	S	4
	Fakultative Module	6 bis 8		12

Anlage 3: Module des Masterstudiums

Zu belegen sind das Methodenmodul sowie die Module aus einem der nachstehend aufgeführten Major (Studienschwerpunkte). Bei bestandener Masterprüfung wird der gewählte Major auf der Urkunde zusammen mit dem akademischen Grad ausgewiesen. Zusätzlich zu den oben erwähnten Abkürzungen bedeuten „P“ ein Praktikum und „H“ eine Hausarbeit.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Prüfungsleistung	Kreditpunkte
Methodenmodul	Entscheidungstheorie (2 V)	1	K 90	6
	Angewandte Ökonometrie (2 V)	1		

Major: Accounting and Taxation

Rechnungslegung	Theorie der externen Rechnungslegung (2 V)	1	K 90	9
	Theorie und Praxis der Wirtschaftsprüfung (2 V)	1		
Betriebswirtschaftliche Steuerlehre	Steuerwirkungslehre (2 V)	1	K 90	9
	Fallstudien zur Steuerwirkungslehre (2 V)	1		
Steuerrecht	Steuerverfahrensrecht (2 V)	1	M	6

Major: Economics

Mikroökonomik	Mikroökonomische Theorie I (2 V)	1	K 60	9
	Mikroökonomische Theorie (2 V)	1		
Makroökonomik	Makroökonomische Theorie I (2 V)	1	K 60	9
	Makroökonomische Theorie II (2 V)	1		
Angewandte Volkswirtschaftslehre	Angewandte Volkswirtschaftslehre (2 V)	1	K 60	6

Major: Finance

Financial Management	Asset Management (2 V)	1	K 90	9
	Risk Management (2 V)	1		
Advanced Corporate Finance	Advanced Corporate Finance (2 V)	1	K 60	5
Computational Finance	Computational Finance (2 V)	1	H	5
Statistical Methods in Finance	Statistical Methods in Finance (2 V)	1	K 60	5

Major: Health Economics

Theoretische Gesundheitsökonomik	Grundlagen der Gesundheitsökonomik (2 V)	1	K 90	9
	Theorie der Sozialversicherung (2 V)	1		
Empirische Gesundheitsökonomik	Gesundheitsökonomische Evaluation und Sekundärdatenanalyse (2 V)	1	K 60	5
BWL im Gesundheitswesen	BWL im Gesundheitswesen (2 V)	1	K 60	5
Gesundheitspolitik und -systemvergleich	Gesundheitspolitik und -systemvergleich (2 S)	1	S	5

Major: International Management

Marketing	International Marketing and E-Business (2 V)	1	H	5
International Management	Strategic International Management(2 V)	1	K 60	5
International Human Resource Management	Strategic International Human Resource Management (2 V)	1	H	5
International Development and Trade	International Business Relations (2 V)	1	K 60	5
Research Seminar	Research Seminar (2 S)	1	S	4

Major: Operations Management and Research

Operations Management	Supply Chain Management and Advanced Planning Systems (2 V)	1	H	14
	Entwicklung von Anwendungssystemen (4 P)	1		
Operations Research	Fortgeschrittene Methoden des OR (2 V)	1	H	10
	Übung zu fortgeschrittene Methoden des OR (2 V)	1		

Der Fakultätsrat der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 11.01.2012 die nachfolgende Änderung der Prüfungsordnung vom 11.12.1998 für den Bachelor- und Diplomstudiengang Geowissenschaften beschlossen. Das Präsidium hat die Änderung am 01.02.2012 gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5. b) NHG genehmigt. Sie tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Änderung der Prüfungsordnung vom 11.12.1998 für den Bachelor- und Diplomstudiengang Geowissenschaften

§ 34 Außerkrafttreten

- (1) ¹Diese Prüfungsordnung für den Bachelor- und Diplomstudiengang Geowissenschaften vom 11.12.1998, letztmalig geändert am 06.06.2001, tritt zum 30.09.2013 außer Kraft. ²Danach können Prüfungen nach dieser Prüfungsordnung nicht mehr abgenommen werden.
- (2) Fachprüfungen zur Diplomvorprüfung (§ 19 - § 21) können letztmalig bis zum Ende des Sommersemesters 2012 erbracht werden.
- (3) Eine Rückmeldung von Studierenden, die in dieser Prüfungsordnung für den Bachelor- und Diplomstudiengang Geowissenschaften immatrikuliert sind, ist zum Wintersemester 2012/2013 und danach nur mit bestandener Diplomvorprüfung möglich.

Der Fakultätsrat der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 11.01.2012 die nachfolgende Änderung der Prüfungsordnung vom 07.07.2006 für den Bachelorstudiengang Geowissenschaften beschlossen. Das Präsidium hat die Änderung am 01.02.2012 gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5. b) NHG genehmigt. Sie tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Änderung der Prüfungsordnung vom 07.07.2006 für den Bachelorstudiengang Geowissenschaften

§ 27 Außerkrafttreten

(1) ¹Diese Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Geowissenschaften vom 07.07.2006 tritt zum 30.09.2012 außer Kraft. ²Danach können Prüfungen nach dieser Prüfungsordnung nicht mehr abgenommen werden.

Der Fakultätsrat der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 11.01.2012 die nachfolgende Änderung der Prüfungsordnung vom 27.06.2007 für den Masterstudiengang Geowissenschaften beschlossen. Das Präsidium hat die Änderung am 01.02.2012 gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5. b) NHG genehmigt. Sie tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Änderung der Prüfungsordnung vom 27.06.2007 für den Masterstudiengang Geowissenschaften

§ 26 Außerkrafttreten

(1) ¹Diese Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Geowissenschaften vom 27.06.2007 tritt zum 30.09.2012 außer Kraft. ²Danach können Prüfungen nach dieser Prüfungsordnung nicht mehr abgenommen werden.

Der Fakultätsrat der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 11.01.2012 die nachfolgende Änderung der Prüfungsordnung vom 25.11.2009 für den Bachelor- und Masterstudiengang Geowissenschaften beschlossen. Das Präsidium hat die Änderung am 01.02.2012 gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5. b) NHG genehmigt. Sie tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

**Änderung der Prüfungsordnung vom 25.11.2009
für den Bachelor- und Masterstudiengang Geowissenschaften**

§ 29 Außerkrafttreten

(1) ¹Diese Prüfungsordnung für den Bachelor- und Masterstudiengang Geowissenschaften vom 25.11.2009 tritt zum 30.09.2015 außer Kraft. ²Danach können Prüfungen nach dieser Prüfungsordnung nicht mehr abgenommen werden.

C. Hochschulinformationen

Der Fakultätsrat der Fakultät für Architektur und Landschaft der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 30.11.2011 die nachstehende Institutsordnung des Instituts für Entwerfen und Gebäudelehre beschlossen. Das Präsidium hat die Änderung am 15.02.2012 genehmigt. Sie tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Ordnung des Instituts für Entwerfen und Gebäudelehre

§ 1 Name und Aufgaben

- (1) Das Institut für Entwerfen und Gebäudelehre ist eine wissenschaftliche Einrichtung der Leibniz Universität Hannover unter der Verantwortung der Fakultät für Architektur und Landschaft.
- (2) Es dient den Aufgaben der Lehre, Forschung und Weiterbildung.

§ 2 Abteilungen

Das Institut gliedert sich in die drei Abteilungen: „Baukunst“ „Entwerfen und Architekturtheorie“ und „StadtRaumGestaltung“.

§ 3 Vorstand

- (1) Die Leitung des Instituts obliegt dem Vorstand. Stimmberechtigte Mitglieder des Vorstands sind die Mitglieder der Hochschullehrergruppe des Instituts und zwei Vertreterinnen bzw. Vertreter der Mitarbeitergruppe.
- (2) Weitere Mitglieder der Studierendengruppe und der MTV-Gruppe können beratend an den Sitzungen des Vorstands teilnehmen.
- (3) Der Vorstand erlässt bei Bedarf Benutzungsordnungen für die Einrichtungen des Instituts.

§ 4 Verwaltung und Verwendung der Ausstattung

- (1) Der Vorstand entscheidet über die Verwaltung der Ausstattungsgegenstände, insbesondere über die Arbeitsräume, Werkstätten, Geräte und Haushaltsmittel, die dem Institut zugewiesen sind.
- (2) Der Vorstand trägt dafür Sorge, dass jeder Hochschullehrerin und jedem Hochschullehrer im Rahmen der verfügbaren Mittel eine angemessene Mittelausstattung zur Verfügung steht.
- (3) Über die Verwendung von Dritt-, Berufs- u. a. Sondermitteln entscheidet im Rahmen der Bewilligungsbedingungen und Landesvorschriften dasjenige Institutsmitglied, das die entsprechenden Mittel eingeworben hat. Sofern die Universität die Drittmittel um einen Bonus aufstockt, kommt dieser denjenigen Institutsmitgliedern zugute, die die Drittmittel eingeworben haben.
- (4) Die Annahme von Drittmitteln bedarf der Zustimmung des Vorstandes, soweit dadurch die Belange des Instituts berührt werden.

§ 5 Geschäftsführende Leitung

- (1) Die Geschäftsführende Leitung sowie deren Stellvertretung werden durch je eine Hochschullehrerin oder einen Hochschullehrer für je ein Jahr wahrgenommen. Sie vertritt das Institut nach außen und führt die laufenden Geschäfte. Sie führt den Vorsitz im Vorstand und ist für die Durchführung seiner Beschlüsse verantwortlich.
- (2) Im Einvernehmen mit dem Vorstand kann die Geschäftsführende Leitung die Vorbereitung von Beschlüssen einzelnen Mitgliedern des Instituts oder Arbeitsgruppen übertragen, die aus Mitgliedern des Instituts gebildet sind.

- (3) In dringenden Fällen, in denen eine Entscheidung des Vorstands nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, trifft die Geschäftsführende Leitung die erforderlichen Maßnahmen selbst. Sie unterrichtet den Vorstand unverzüglich über die getroffenen Maßnahmen; der Vorstand kann diese Maßnahmen aufheben.

§ 6 Wahlen und Amtszeiten

- (1) Die Mitglieder der Hochschullehrergruppe sind kraft ihres Amtes im Institutsvorstand vertreten. Sie wählen aus ihrer Mitte die Geschäftsführende Leitung. Der Vorstand trifft Regelungen zu den Modalitäten der Wahl (z. B. Rotationsprinzip).
- (2) Die Mitglieder der Mitarbeitergruppe werden durch die Mitglieder ihrer Statusgruppe für eine Amtszeit von einem Jahr gewählt. Dabei entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Mitglieder der Mitarbeitergruppe treffen Regelungen zu den Modalitäten der Wahl (z. B. Rotationsprinzip).
- (3) Mitglieder der Studierendengruppe und der MTV-Gruppe können aus ihrer Mitte beratende Mitglieder für ihre Vertretung im Institutsvorstand bestimmen.

§ 7 Sitzungen des Vorstands

- (1) Die Geschäftsführende Leitung beruft mindestens ein Mal im Semester eine Vorstandssitzung unter Angabe des Tagesordnungsvorschlags ein. Ein Mitglied des Vorstands kann unter Angabe der Gründe die Einberufung einer außerordentlichen Vorstandssitzung verlangen. Die Einberufung ist rechtzeitig institutsöffentlich bekannt zu geben.
- (2) Beschlüsse werden in einem Protokoll festgehalten. Es gelten die allgemeinen Verfahrensvorschriften gemäß § 8 der Grundordnung.

§ 8 Mitarbeiterversammlung

- (1) Der Vorstand beruft mindestens ein Mal im Semester eine Versammlung aller am Institut tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Institutversammlung) unter Angabe des Tagesordnungsvorschlags ein. Die Einberufung ist rechtzeitig institutsöffentlich bekannt zu geben.
- (2) Die Mitarbeiterversammlung berät den Arbeitsplan und die Art und Weise ihrer Durchführung. Sie kann Empfehlungen an den Institutsvorstand beschließen und Stellungnahmen zu Vorstandsbeschlüssen abgeben. Die Mitarbeiterversammlung dient zum Austausch der konkreten Beschlüsse.
- (3) Beschlüsse werden in einem Protokoll festgehalten und innerhalb einer festzusetzenden Frist umgesetzt.

§ 9 Geschäftsordnung

Zur näheren Ausgestaltung der Institutsordnung kann der Vorstand eine Geschäftsordnung beschließen.

§ 10 Inkrafttreten

Die Institutsordnung tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Namensänderung des Instituts für Maschinenelemente und Konstruktionstechnik

Das Präsidium der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 18.01.2012 gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 4 lit. b NHG, § 5 Abs. 3 Satz 1 Grundordnung die Namensänderung des "Instituts für Maschinenelemente und Konstruktionstechnik" in "Institut für Maschinenkonstruktion und Tribologie" beschlossen.